

Signatur: 2026.SR.0246
Geschäftstyp: Postulat
Erstunterzeichnende: Esther Meier (GB), Ronja Rennenkampff (JA), Christoph Leuppi (GFL), Raffael Joggi (AL), Judith Schenk (SP)
Mitunterzeichnende: Anna Leissing, Karel Ziehli, Mirjam Läderach, Franziska Geiser, Katharina Gallizzi, Lea Schweri, Mirjam Roder, Anna Jegher, Nora Joos, Evelyne Grieb, Raphaela Tschümperlin, Helin Genis, Dominique Hodel, Chandru Somasundaram, Monique Iseli, Dominik Fitze, Szabolcs Mihályi, Gourab Bhowal, Lukas Schnyder, Lea Bill
Einreichdatum: 2. Juli 2026

Postulat: Beschattungskonzept für den Bundesplatz: Sicherung der demokratischen Grundrechte bei rasant fortschreitender Klimaerhitzung

Prüfauftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie der Bundesplatz mit temporären oder permanenten Beschattungsmassnahmen so gestaltet werden kann, dass seine Funktion als zentraler Ort der demokratischen Meinungsäusserung und Versammlung auch unter den Bedingungen der fortschreitenden Klimaerhitzung gewährleistet bleibt. Dabei ist insbesondere zu prüfen,

1. welche Beschattungsmassnahmen auf dem Bundesplatz unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes und weiteren Nutzungen (z.B. Wochenmärkte) baulich umsetzbar sind,
2. welche Massnahmen in der Zuständigkeit der Stadt Bern liegen beziehungsweise welche die Koordination mit dem Bund und direktbetroffenen Dritten erfordern,
3. wie mit den Beschattungsmassnahmen die Aufenthaltsqualität und der Hitzeschutz der Demonstrierenden, Besucher*innen und weiteren Nutzer*innen verbessert werden kann,
4. mit welchem Fahrplan für die Umsetzung zu rechnen ist,
5. und welche Sofortmassnahmen getroffen werden können.

Begründung

Der Bundesplatz ist der wichtigste Ort für politische Kundgebungen, Demonstrationen und andere Formen der politischen Meinungsäusserung und damit für die Ausübung der demokratischen Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit von zentraler Bedeutung. Mit der rasant fortschreitenden Klimaerhitzung nehmen Dauer, Häufigkeit und Intensität von Hitzeperioden, wie wir sie aktuell erleben, markant zu. Der vollständig versiegelte Bundesplatz heizt sich stark auf und bietet am Nachmittag kaum Schatten, wodurch die Nutzer*innen über mehrere Stunden der direkten Sonneneinstrahlung ausgesetzt sind – wie das beispielsweise am Feministischen Streik 2026 der Fall war. Solche Bedingungen erschweren die Teilnahme an politischen Veranstaltungen – insbesondere für ältere Menschen, Kinder, Schwangere sowie Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen – und beeinträchtigen faktisch den gleichberechtigten Zugang zur Ausübung demokratischer Rechte.

Verschiedene Städte reagieren bereits auf diese Entwicklung mit Beschattungssystemen, etwa Seil- und Begrünungskonstruktionen, welche das Mikroklima verbessern und den öf-

fentlichen Raum aufwerten.¹ Daneben bestehen weitere Möglichkeiten wie textile Verschattungssysteme oder andere innovative Lösungen.

Als Eigentümerin liegt es in der demokratischen Verantwortung der Stadt Bern, Massnahmen zu ergreifen, damit der Bundesplatz auch bei zunehmenden Hitzeperioden als zentraler Ort für Kundgebungen, Demonstrationen und die politische Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen nutzbar bleibt. Der Gemeinderat soll daher klären, welche Beschattungsmassnahmen für den Bundesplatz unter Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Anforderungen und den sonstigen Funktionen des Platzes geeignet wären. Dabei soll der Gemeinderat auch darlegen, welche Sofortmassnahmen möglich sind sowie welche Schritte die Stadt Bern eigenständig umsetzen kann und wo eine Zusammenarbeit mit weiteren Akteur*innen erforderlich ist.

¹ vgl. beispielsweise https://www.jakob.com/files/6_downloads/brochures/jakob-rope-systems-brochures_green_spaces.pdf